



Mag. Karl Koller, Obmann von Nova Europa
„Wozu braucht es den Verein Nova EUropa?“

Rede anlässlich des Nova Europa-„Kick-off“ am 12.12.2003
im Café Engländer, Wien

Es gilt das gesprochene Wort

Liebe Freundinnen und Freunde!

Think-Tank und Bewegung – das soll Nova-Europa werden!
Ein hochgestecktes Ziel! Aber wozu braucht es den Verein Nova EUropa?

Ich werde jetzt ein paar Dinge sagen, die vielleicht der eine oder andere nicht gerne hört – aber erfolgreiche Politik beginnt damit, dass man sich selbst nicht in die Tasche lügt!

Seht Euch einmal um, ob die Bevölkerung bei uns - aber man kann durchaus auch in die anderen europäischen Staaten schauen – mit der Politik, mit den Politikern zufrieden ist?
Wir hatten für die EU-Erweiterung dank der Selbstzerstörung der Haider-FPÖ eine breite Mehrheit im Parlament – aber die Politik hat die Bürger nicht mitgenommen – die Mehrheit ist gegen die Erweiterung, ja hält ganz generell immer weniger von der EU ...

Die Leute üben sich im Fatalismus, "wir können es eh nicht ändern", hört man auf den Straßen;

Und mangels Alternative wird ÖVP oder SPÖ die nächste Wahl gewinnen.

Nach der Selbstausschaltung der Populisten haben wir jetzt deutsche Verhältnisse: es gibt einen breiten Graben zwischen der politischen Klasse und den "Menschen draußen".
Und ich möchte gar nicht verhehlen – diese Situation ist mir lieber, als jene Zeiten, wo wir fürchten mussten, dass die nationalistischen Radikalpopulisten eines Tages die Mehrheit haben werden.

Aber liebe Freunde – können wir damit zufrieden sein? Ich denke, nein!
So sehr es notwendig ist, dass Politik führt, dass Politiker den Menschen vorangehen, so sehr ist es auch notwendig, die Menschen mitzunehmen.

Viele reden sich ein, die Politik-, die Europa-, die EU-Skepsis der Bevölkerung hat ihre Ursachen in einer schlechten Kommunikation, aber so ist es wohl nur teilweise!

Die kleinen Leute fürchten zu Recht um ihren Arbeitsplatz, um ihr Einkommen, um ihre Sicherheit. Natürlich bedeuten billigere Arbeitskräfte aus den Beitrittsländern Konkurrenz, jedenfalls Lohndruck. Auch wenn es stimmt, dass es viele österreichische Arbeitsplätze nur aufgrund des Exportüberschusses mit den Reformländern gibt.

Und die EU? Natürlich ist sie das größte europäische Friedensprojekt, natürlich bringt der Binnenmarkt Wohlstandsgewinne – aber merken das die kleinen Leute? Sie erleben Europa und mit ihm die ganze Globalisierung als Bedrohung.

Für die Bauern, wir haben heute welche unter uns – wurden zunächst die Preise massiv gesenkt, jetzt werden die Förderungen immer weniger ... und als nächstes wird der Zuckerrübenmarkt der Globalisierung geopfert.

Und gerade auch für die Arbeitnehmer wird es immer ungemütlicher, gerade in Zeiten der Rezession – aus der uns Europas Politiker nicht herausführen konnten. Jetzt erwarten wir das Heil wieder einmal von Amerika.

Lohnerhöhungen fallen mickrig aus – liegen unter dem gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachs – die Lohnquote sinkt seit geraumer Zeit – die Gewinnquote steigt. Oft werden Lohnbestandteile, wie Bilanzgelder gekürzt – das sind dann statt Lohnsteigerungen reale Einkommensverluste. Die Geschäftsführergehälter steigen freilich munter weiter, in Österreich 2002 allein um 4,2 %.

Und zu alledem predigen liberale Ökonomeprofessoren:

Jeder soll flexibel sein – mit 15 in einem Betrieb beginnen in diesem bis zur Pensionierung zu arbeiten, das wird es in Zukunft nicht mehr geben – selber freilich sitzen sie auf pragmatisierten Lehrstühlen. Sie predigen Wasser und trinken Wein.

"Die Gewerkschaften wird es eh bald nicht mehr geben" prophezeien Yuppies, die meinen auf die Butterseite gefallen zu sein. Sie wünschen sich den Untergang der Gewerkschaftsbewegung, weil dann der Weg frei ist zur Entrechtung der einfachen Arbeitnehmer.

Und liebe Freunde, das soll jetzt nicht heißen, dass nicht auch bei den Gewerkschaften einiges faul ist. Um nur einen Punkt zu erwähnen: Am stärksten sind sie im geschützten Sektor, bei den Bundesbahnern, Lehrern, überhaupt im öffentlichen Dienst. Gerade in Österreich sind ihre Streiks nicht viel mehr als die Verteidigung ungerechtfertigter Privilegien ... wobei diese dann noch dazu, wie bei Bundesbahnern oder Lehrern zu einer Schikane für die normalen Arbeitnehmer werden.

Zum Pensionsthema, liebe Freunde, wäre einiges zu sagen, genauso wie zum Thema Krankenkassen. Da wird viel gelogen und viel Unfug von ökonomisch Unkundigen zum Besten gegeben.

Aber vorerst nur soviel: Bei Pensionen und Gesundheit wird gespart, dafür sollen auf der anderen Seite die Steuern für die Spitzenverdiener gesenkt werden, sollen die Unternehmenssteuersätze sinken.

Unser Abgeordneter Stummvoll fragte jüngst: "Warum sollen wir nicht die Steuern für die 200.000 Leistungsträger senken, wo wir doch bereits die Steuern für die 200.000 Geringverdiener gesenkt haben."

Das liebe Freunde ist eine "Watschen" für alle die tagtäglich ihrer oft schweren Arbeit nachgehen. Ist der Bauarbeiter, ist der Landwirt kein Leistungsträger?

Wir sind da mitten in der Neoliberalismusdebatte. Und in Deutschland ist die Infiltration der großen christdemokratischen Volkspartei schon fortgeschrittener als bei uns in Österreich.

Am CDU-Parteitag wurde beschlossen: Jeder soll den gleichen Krankenkassenbeitrag zahlen, egal ob Hilfsarbeiter oder Generaldirektor.

Der verdiente Alt-CDU-Arbeitsminister unter Kohl, Norbert Blüm hat dagegen angekämpft und leider verloren. Aber Parteitagsdelegierte sind ja meist wie eine Schafherde, sie pflegen dem Leithammel nachzublöken.

"Solidarität" – ein Kernwert der katholischen Soziallehre, "Solidarität" so Norbert Blüm "heißt, dass starke Schultern mehr tragen können als schwache."

"Soziale Marktwirtschaft unterscheidet sich von Marktwirtschaft dadurch, dass es Regeln und einen sozialen Ausgleich gibt. Wer glaubt Marktwirtschaft funktioniert ohne Sozialstaat, der soll sich einmal in Moskau umschaun. Die Chicago Boys haben geglaubt, dass Deregulierung und Wettbewerb automatisch Wohlstand erzeuge.

Der Wohlstand ist entstanden, auf Zypern und an der Riviera, den hat die Mafia beiseite geschafft" – so Blüm.

Liebe Freunde! Das soll jetzt nicht heißen, dass es nicht in vielen Bereichen der Deregulierung bedarf. Gerade bei den freien Berufen wäre mehr Wettbewerb notwendig. Oder es ist auch nicht einzusehen, warum man z.B. für die Ausübung des Malergewerbes einen Meisterbrief braucht.

Am notwendigsten wäre eine Deregulierung und Entbürokratisierung freilich bei den überbordenden Länderbürokratien. Wozu brauchen wir im kleinen Österreich neun verschiedene Bauordnungen, neun verschiedene Jugendschutzbestimmungen, neun Landtage. Das der Verfassungskonvent hier etwas ändert ist allerdings nicht zu erwarten.

Deregulierung und Privatisierung sind weder Allheilmittel noch machen sie überall Sinn. Man braucht sich nur das britische Eisenbahnwesen oder die amerikanische Stromwirtschaft anzuschauen.

Das Problem beginnt eben dann, wenn man nicht mehr nach der Zweckmäßigkeit sondern ideologisch entscheidet. Und Deregulierung und Privatisierung sind für viele in unseren Reihen leider zur Ideologie geworden.

Und um noch einem Missverständnis vorzubeugen: Es geht nicht um Wirtschaftsfeindlichkeit, wie es vielleicht der einer oder andere befürchtet. Ich kenne eine Menge an tüchtigen Unternehmern und Managern, die sich vor allem verlässliche Rahmenbedingungen und in der Rezession eine aktive Wirtschaftspolitik wünschen. Unternehmen geht es dann am besten, wenn die Umsätze steigen – und wenn sie dieses erwarten, dann investieren sie auch! Dass Kostensenkungen insb. Steuersenkungen zu Investitionen führen – wie es neoliberale Angebotstheoretiker behaupten – ist empirisch weder nachweisbar, noch ein logisch begründbarer Zusammenhang.

Aber genug der Kritik. Können wir in unseren kleinen Nationalstaaten eine Wirtschaftspolitik betreiben, die den Menschen nützt?

Fakt ist, wir leben in einer globalisierten Wirtschaft, wo wir es Gegensatz zu früher mit einem Primat der anonymen globalisierten Marktkräfte über die Politik zu tun haben. In einer global vernetzten Wirtschaft verpufft nachfrageorientierte Konjunkturpolitik gerade kleiner Staaten zu einem großen Teil im Ausland. Und man befindet sich im ständigen Standortwettbewerb mit den anderen Industriestaaten z.B. um die niedrigeren Steuersätze für Unternehmen, Spitzenverdiener, Geldkapital ... Diesen Wettlauf kann freilich niemand gewinnen. Österreich hatte einen besonders günstigen Körperschaftssteuersatz, Deutschland wird nachziehen, die Slowakei führt eine Flat Tax ein ... Das Geld fehlt dann bei anderen wichtigen Faktoren für die Standortqualität: Infrastruktur und Bildung und eben für den sozialen Ausgleich.

Das Ergebnis von alledem: Die Einkommensschere geht auseinander, die Verteilung des Vermögens wird immer ungleicher. Die Reichen reicher, die Armen ärmer!

Aber wie es scheint gibt es keine Alternative angesichts der neuen globalen Rahmenbedingungen – also doch nur ein Kommunikationsproblem?

Die Frage ist, liebe Freunde, was wir unter Politik verstehen?

Sitzen wir vor der Globalisierung wie das Kaninchen vor der Schlange – verstehen wir Politik als Reagieren? Oder bedeutet Politik nicht vielmehr agieren, aktiv gestalten?

Es geht um Gestaltung der Globalisierung nicht um seichte, und in Wirklichkeit fruchtlose Globalisierungskritik.

Unsere Schlussfolgerung ist die: Eine globalisierte Wirtschaft bedarf, um funktionsfähig zu sein, des Rahmens einer globalen Wirtschaftspolitik. Und damit diese globale Wirtschaftspolitik unseren europäischen Wertvorstellungen gerecht wird, damit Europas Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell: Freiheit und sozialer Ausgleich – gerade in Konkurrenz zum amerikanischen Gesellschaftsmodell Bestand hat – brauchen wir ein starkes, handlungsfähiges Europa.

Europa ist zudem eine so große Wirtschaftsregion – mit im Vergleich zu den kleinen Nationalstaaten geringer Außenhandelsverflechtung, sodass im europäischen Rahmen Konjunkturpolitik wieder möglich wird – jenes Politikinstrument, dass uns gerade in der hoffentlich zu Ende gehenden Rezession so gefehlt hat. Zwar sollte die Finanzpolitik in Europa koordiniert werden, aber die Koordination funktioniert eben nicht.

Auch die so notwendige Koordination in der Steuerpolitik genauso wie die Austrocknung der Steueroasen sind in und mit der dzt. EU nicht erreichbar.

Was funktioniert, das ist die europäische Geldpolitik und die ist eben keine gemeinsame, keine koordinierte sondern eine zentrale. Die EZB funktioniert wie die Notenbank eines Staates – und die Gründungsväter der Währungsunion hatten nicht zuletzt die Hoffnung, dass diese die politische Union erzwingen wird.

Genau diese politische Union brauchen wir. Wir brauchen einen europäischen Bundesstaat – der u.a. den Primat der Politik über die Wirtschaft – die Voraussetzung für soziale Marktwirtschaft – wiederherstellt. Gerade die kleinen Leute brauchen einen starken Europäischen Staat, damit es wieder ein Mehr an Sicherheit und ein Mehr an Gerechtigkeit gibt.

Deshalb muss unsere Botschaft sein: „Die Kleinstaaterei schadet den kleinen Leuten!!!“

Und an uns hier gerichtet, liebe Freunde: Es geht nicht darum, dass wir ein geeintes Europa wollen und jetzt nach Gründen suchen, wie wir die einfachen Bürger überzeugen können.

Nein, es geht darum, dass gerade der viel zitierte Mann auf der Straße Europa braucht. Die Integration Europas ist kein Ziel an sich, sondern ein abgeleitetes Ziel.

Wenn wir das erkannt haben, wenn wir unsere Europabegeisterung wieder vom Kopf auf die Füße gestellt haben, werden wir die Massen von Europa begeistern können.

Aber nicht nur die Herausforderungen im Bereich Wirtschaft und Soziales, auch unsere Probleme mit Umwelt und Sicherheit verlangen nach einem europäischen Bundesstaat.

Die drohende Klimaänderung hängt wie ein Damoklesschwert über der Menschheit. Das Abkommen keine Wirkung haben, sieht man in der Praxis – statt den Treibhausgasausstoß bis 2000 auf den Stand von 1990 zurückzuführen hat man ihn vergrößert.

Die Klimaschutzabkommen sind ganz offensichtlich das Papier nicht wert auf dem sie stehen.

Das einzig wirksame Instrument wäre eine große ökologische Steuerreform. Die aber scheitert genauso wie eine sozialere Politik am Standortwettbewerb. Führt sie nur ein Staat ein bedeutet das inakzeptable Nachteile für die heimische Industrie und drohende Abwanderung. Ein Konsens aber kommt nicht zustande.

Nur ein europäischer Staat wäre in der Lage eine wirksame ökologische Steuerreform umzusetzen ... und nur ein europäischer Staat hätte jenes Gewicht um Druck auf unsere amerikanischen Freunde auszuüben, endlich mit uns zusammen Maßnahmen zu ergreifen.

Im Übrigen dürfen wir uns keinen Illusionen hingeben: Verhindern können wir den Klimawandel nicht mehr nur bremsen und managen – und das wird Kräfte erfordern, die weit über die Kraft kleiner Nationalstaaten hinausgehen...

Gerade dieses Wochenende ist die Sicherheitspolitik aktuell – wird doch gerade in Brüssel u.a. über die vorgeschlagene Beistandspflicht gesprochen.

Auch im Bereich der Sicherheitspolitik gilt: Kein europäischer Staat ist in der Lage, sich gegen eine ernst zu nehmende Bedrohung alleine zu schützen und auch alle EU-Staaten zusammen sind dazu nicht im Stande. Die ökonomische Weltmacht Europa braucht nach wie vor die Militärmacht Amerika zu ihrem Schutz.

Europa ist kein ernst zu nehmender militärischer Player – ohne die USA sind wir zu internationalen Einsätzen nicht fähig. Denken wir doch nur an die fehlenden Satelliten, Transportkapazitäten, Flugzeugträger....

Auch hier gilt: damit Europa seine Interessen und seine Wertvorstellungen in der Welt auch mit militärischen Nachdruck vertreten kann, braucht es eines europäischen Staates, mit einer europäischen Regierung und einer europäischen Armee.

Eine gemeinsame Außenpolitik ohne eine gemeinsame Armee ist nichts als ein Papiertiger - wir haben es am Balkan gesehen.

Die Österreicher – das muss hier einmal gesagt werden – haben gerade im Bereich der Sicherheit naive Vorstellungen:

- Da wünscht man sich z.B. Mehrheitsentscheidungen in der Außenpolitik und versteht nicht warum die großen Staaten unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen auf Einstimmigkeit bestehen. Natürlich wäre es bequem, wenn man mit Mehrheit über den Einsatz der französischen und britischen Truppen bestimmen könnte – aber klar ist auch dass die Briten und Franzosen da nicht mitspielen. Trittbrettfahren kann es in Zukunft einfach nicht mehr geben.
- Da ist unsere Außenministerin gegen die vorgeschlagene Beistandspflicht und unterzeichnet zusammen mit den anderen Neutralen ein Papier, das einem angegriffenen EU-Staat das Recht gegeben werden soll, um Hilfe bitten zu dürfen.
Man braucht also offensichtlich neuerdings ein Recht um Hilfe erbitten zu dürfen.
Der Eiertanz geht inzwischen weiter: Scheibner ist namens der FPÖ für die unbedingte Beistandspflicht, die Schwester des einfachen Parteimitglieds beharrt namens der FPÖ darauf, dass im Ernstfall Österreich entscheidet, ob es helfen will.
Immerhin hebt der Bundeskanzler hervor, dass gerade die NATO-Skeptiker schon länger eine europäische Beistandspflicht unabhängig von den USA favorisiert haben und jetzt wo sie kommen soll, den Schwanz einziehen.

Traurig ist aber jedenfalls, dass ein Voggenhuber und ein Pilz – auch wenn sie - NONA - bei den Grünen noch eine Minderheitsposition vertreten – schon wesentlich europäischer denken als so mancher ÖVP-Politiker. Sie fordern ganz klar staatliche Strukturen und eine „europäische Armee, an deren Budget sich auch Österreich beteiligt und in der auch Österreicher dienen können“. Das wird wohl eine Berufsarmee sein.

Die Angst vor dem europäischen Superstaat – was für ein blödes Wort – ist genauso unsinnig, wie die jetzt in Österreich gern geschürte Angst vor einem deutsch-französischen Direktorium.
Ein europäischer Bundesstaat wird ein Staat der Europäer und nicht der europäischen Staaten sein.
Solange es diesen Bundesstaat nicht gibt – solange wird die deutsch-französische Freundschaft Herz und Motor der Union sein – unterstützt durch die Kraft starker Symbole. Denken wir nur daran, wie sich Kohl und Mitterrand über den Gräbern von Verdun die Hände gereicht haben.

Wenn mir jemand sagt, und viele sagen es: Europa ist noch nicht so weit, ein europäischer Bundesstaat ist unrealistisch – dann pflege ich zu antworten:
Vor 10 Jahren hätte mir fast jeder gesagt, eine europäische Währung ist ein Ding der Unmöglichkeit. Kohl und Mitterrand haben sie auf den Weg gebracht – es kommt nur auf den politischen Willen an, es kommt vor allem darauf an, Staatsmänner an der Spitze der Staaten zu haben, die sich trauen zukunftsweisende Entscheidungen zu treffen.
„Die Visionäre sind die wahren Realisten der Geschichte“ hat Helmut Kohl einmal gesagt.

Und um realistisch zu sein sagen wir: Beginnen wir mit Kerneuropa im Sinne von Wolfgang Schäuble - wo wir uns wünschen, dass auch Österreich mit dabei ist.

Liebe Freunde, wir haben den Verein Nova Europa mit mir als Obmann, mit Marina Brandtner und Christoph Korosec als Obmannstellvertreter, mit Harald Pfannhauser als GS und Thomas Kath als Finanzreferenten gegründet.

Jetzt beginnen die Mühen der Ebene. Unsere Ideen, davon bin ich überzeugt – haben großes Potential – wir können auch die einfachen Menschen ansprechen – und das habe ich bereits in der Praxis in so manchen persönlichen Gespräch zusammengebracht.
Unsere Vorstellungen sind eine auf den ersten Blick ungewöhnliche Mischung aus linken und rechten Ideen – wobei ich links gleich relativieren möchte. Heute gilt vieles als links, was in den 50er und 60er Jahren die christdemokratische Mitte ausgemacht hat.
Die Mühen der Ebene bedeuten den Kampf um die Herzen und Hirne der Menschen.

Wir werden Think-Tank sein und wir können Bewegung werden. Dazu werden wir mit der Zeit in immer mehr Regionen Österreichs Tochtervereinigungen gründen. Ich weiß, es ist ein hochgestecktes Ziel, aber wer sich keine Ziele setzt, wird auch nichts erreichen.

Und ich bin fest davon überzeugt, dass wir unsere Ziele erreichen, weil die Herausforderungen unserer Zeit nach durchdachten Lösungen schreien, aber auch nach Lösungen die im Interesse breiter Mehrheiten sind.

Österreich, das bürgerliche Lager, braucht eine Bewegung wie Nova Europa!

www.nova-europa.org - www.christlichsoziale.at